

ie Schweden
war schwach
n. Schweden
Verdun und
andere schieden
abgültig aus.
wurden durch
seitig zeigten
die zu er-
beiten über-
dass schließ-
beendet war.

n Huberts-
Krieg fe-
sein Maria
den Gustand
n, dass beide
Lufthand war
Krieg, den
in Amerika
zinebleam ge-
leg, der eine
seien hatte,
wurde, so
h erübrigte
ähnlich ge-
macht.

rat 1814 in
s nach der
e Landarie
der glanz-
Welt gegeben
Dänemark,
n als Höhe
ertrug einige
militärische
öffentlichen
ombe plante
polons aus
der Franzose
Frankreich

wie sich
die politische
es ordnete
und ver-
nd ging aus
erste See-
land (daher
behält die
das Haus
nen Bruder
Deutschland
gründlich
s war keine
entstand der
unterst fort-
Italien,
h gar still.
Juni 1815.

Es wurde
nannte Ent-
es in sich.

er Berliner
chen Kriege.
aber ebenso
Röfe, viele
er befriedigt
Waller —
Hoh Auf-

e Friedens-
Vor allem
all dieser

et gegen

re Sachen hat

gegen die vom
g erobert.
dieß am 1.

zu den Rich-
m Arbeitsrat

erklärt gewor-
t alle bis zu
or zu erklären.

gen, um die
r. Ferner hat

entralrat der
herigen Repr-
em Zentralrat
dem geplan-
te nicht als
- und Solda-

ch, dass die
camten,
n fallen,
rost.

ark monatlich
195 Mark und
für die Orts-
ch. Außerdem
llig werden.
her werden
es, wenn der
d den Gemein-
underten ein-

Freiheit!

Entwurfs für
anhalte des
erb in engerer
Göde, Hugo
Maler Erich
ell den erheb-
ruck von der
führt. Von
gestalt des
die Höhe redt
die klar
im Industrie-
hem, hellen
teuchende
der Flügel
einen Bebe-
kunstblatt zu

Stadtgemeinderatsitzung.

In der am Donnerstag stattgehabten Sitzung wurden 13 Punkte erledigt. Anwesend sind außer Stadt. Dr. Richter sämtliche Mitglieder.

Bedingungsweise Besitzvorstellung länden zwei Bausachen.

Eingegangen war ein Gesuch des Gemeinderats Brandis um Einlegung einer Verbindungsstraße zwischen Naunhof und Brandis, das Genehmigung fand. Daraus wird in sehr kurzer Zeit ein reiches Arbeitfeld für Bau-, Stein- und Radarbäcker geschaffen.

Herner wurde beschlossen die Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung in der bisherigen Höhe. Es kommen hierbei Fälle zur Sprache, dass es leider immer noch Arbeitslose gibt, die die ihnen zugewiesene Beschäftigung nicht annehmen mit der Begründung, dass sie mehr Arbeitslosenunterstützung benötigen als Lohn. Dießen Ausführungen des Stadts. Schimpf wurde aber von Stadt. Thiemann sowie den Stadts. König und Arbeiter nachgewiesen, dass auch hierzu vielfach noch Löhne gezahlt würden, die nicht im entfernten ausreichen, um bei dieser enormen Neuerung die dringendsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. Mit dieser Arbeitslosenunterstützung könnte sich ein Arbeitsloser nur über Wasser halten, dagegen durch ihnen nicht zugemutet werden, dass sie noch unter diesen Söhnen entlohnbar wären.

Die Einkommensdeklaration der Stadtgemeinde Naunhof wurde zugestimmt.

Von der Verordnung über die Beschaffenheit der Beamten-Dienstwohnungen nahm man Kenntnis.

Eine sehr lebhafte Aussprache entwickelte sich über den Punkt betr. Ausstellung einer Ordnung für die Sommerwohnungserhaltung. Hieraus war zu entnehmen, dass die Wohnungslosennot in Naunhof bedeutsam höher ist, als anfänglich angenommen wurde, es kommen nach den Ausführungen des Stadts. König 38 Wohnungen in Frage. 6-8 Wohnungen werden sofort benötigt und zwar nur Arbeitserwohnungen. Von den übrigen sind es teilweise Kriegsteilnehmer, die einen eigenen Haushalt gründen wollen resp. dazu genötigt sind. Um diesen Ueberstand abzuheben, müsste sofort der Zugang von auswärts ferngehalten werden. Dieser Antragung treten auch die übrigen Mitglieder ohne weiteres bei. — Stadts. Thiemann und Stadts. Oberleiter sind für strikte Durchführung, doch Sommerwohnungen, soweit ein Bedürfnis vorliegt, nur noch bishier wohnungslosen Einwohnern zugänglich gemacht werden dürfen. Wohnungsräume dürfen nach der Verordnung von jeher an wieder zu Eigentümern vermietet werden, noch zu Fabrikzwecken verwandt werden, sondern lediglich nur der Wohnungsnot dienen. — Stadts. Thiemann macht den Vorwurf, der Stadtgemeinderat sei früher stets für die Befreiung der Stadt Naunhof als Luftkraft eingerichtet, nicht aber für die Errichtung der Stadt Naunhof als Wohnungsnot. Sofern es sich um eine eigene Notlösung handelt, müsste der Verzicht der Wohnungserhaltung in Kauf genommen werden. — Stadts. Schimpf betont, dass die Wohnungserhaltung der Sommerwohnungen zugleich eine Verteilung der Wohnungsnote ist da nun möglicherweise andere für die Errichtung der Sommerwohnungen, deren Gehaltsstufen abgewichen wurden — so den Arbeitern habe man früher nicht gedacht. Die Sommerfrischer haben ihre Einkäufe zum großen Teil in den Warenhäusern der nahen Großstadt beobachtet, nicht aber unsere hiesigen Geschäftsläden berücksichtigt. — Stadts. Herr Körth rügt die lange Verzögerung der Inanspruchnahme von Notlandhäusern, die Wohnungsnot sei da, nun müsse aber auch für Bekleidung gesorgt werden. — Stadts. Schimpf rügt, dass die Stadt Naunhof in ihrer Notlage die Vermietung von Sommerwohnungen zu zwangsweise veranlasst werden sollten, die ihr Haus nur allein bewohnen und deren Räume lediglich nur der Sommerwohnungserhaltung dienen. — Die Stadts. Kühne und Schimpf beteiligten sich ebenfalls gegen die Debatte, waren aber gegen eine völlige Aufhebung der Vermietung von Sommerwohnungen, sondern nur, soweit sich dies nötig machen sollte. — Stadts. Herr Körth beantragt eine Eilenauflösung der früheren Sommerwohnungserhaltung. — Der Vorsthende bemerkte noch, dass Wohnungskündigung sowie Mietpreiserhöhung ebenfalls dem Miet-Ansuchen anzuhören sind und der Genehmigung dessen bedürfen. — Es soll zunächst bei den Hauswirten in Süste vorgegangen werden, soweit man aber auf Widerstand stoße, seien Zwangsmassregeln sofort anzuwenden. Alle bisherigen Rechtsvorschriften sind aufgehoben. — Es wurde beschlossen, den Zugang von außerhalb sofort zu unterbinden; die Verordnung wurde genehmigt. In den Mietzetteln wurden gewohnt als Vertreter des Mieters die Stadts. Meusel und König; die Wohl der Hausbesitzervertreter wurde dem Hausbesitzerverein überlassen.

Wegen der nochmal angeregten Baulverteilung durch den Konsumverein delte es der Stadtgemeinderat bei dem früher geplanten Beschluss, wonach eine Neuverteilung der Baulverbausstellen erst bei Ausgabe der nächsten Heftkarten (im August) erfolgen soll.

Genehmigung fand das Gesuch der Witwe des verst. Stadts. Wagner zur Beplümung eines Hauses. Grundstück am Gottesacker (außerhalb der Kirchhofmauer), Erbbegründungsstelle betr. Es wird lediglich entschädigungslos überlassen.

Es wurde Kenntnis genommen von der Wiedereinstellung der früheren Bausparerbank Bremke, Kettner und Nehm, soweit die Stadtgemeinde hierzu gesetzlich verpflichtet ist.

Vor dem Umbau des früheren Sütterlin'schen Grundstücks soll eine Besichtigung und Prüfung durch den Bauaufsichtsrat erfolgen.

Die Wasserförderung Naunhof hat bisher einen erheblichen Zufuhr erforderlich und mit einem Fehlbetrag von 2 800 Mk. 50 Pfsg. im Jahre 1918 abgeschlossen, weshalb einer Erhöhung des Wasseraufzugs auf 30 Pf. zugestimmt wurde.

Es wurde der Antrag auf Einziehung des Weges hinter den Gärten der Langen Straße gestellt und soll dieserthalb mit den Umstiegern verhandelt werden.

Der Vorsthende gab Kenntnis von der Verordnung über die Aufhebung der Tier-Zwangswirtschaft am 1. April. — Für den Mindestangeboten der Tiere (etwa 8-9000 Stück) wurde beschlossen, den Tieraufzüchter sofort einen höheren Vorzug zu den Zwecken zu gewähren. Die Tiere werden also dann noch von der Stadt zur Verteilung gebracht.

der Wahrnehmung ist die Einführung und Verteilung der Auslandseier, für die noch wie vor die ergangenen Neutralisationsbestimmungen, insbesondere das Besitznahmeverbot, bestehen bleiben. Trotz der Aufhebung der reichsgelebten Bestimmungen ist den einzelnen Bundeszentralbehörden unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit geblieben, innerhalb ihres Gebietes wieder eine Verkehrs- und Verbrauchsregelung einzuführen. Man denke also nicht, dass der Wucher weiter blühen kann, denn es wird jedem, der über den Höchstpreis verlangt und zahlt, leichter auf die Finger gegeben werden. Überdies muss für Sachen noch weiteres amtliches Material abgewartet werden.

— Naunhof. Die Mitglieder des „Haus- u. Grundbesitzer-Vereins“ machen wir auf die für morgen Sonntag Nachmittag 4 Uhr angekündigte Versammlung aufmerksam. Es handelt sich um sehr wichtige Fragen die dort zur Sprache kommen; das Erstehen eines Jeden ist unbedingt nötig.

— Naunhof. Die Ihr gestern abends 8 Uhr nach dem Abendgottesdienst einberuhene öffentliche Einwohnerversammlung wurde vom Ortsvereinsvorstand, Herrn König eröffnet. Nachdem er die Anwesenden begrüßt und mit dem Zweck der Zusammenkunft vertraut gemacht hatte, führte er etwas folgendes aus: Naunhof 47. Jahre hat die Baufälligkeit darniedergelegen, da ein Bauverbot erlassen worden ist. Man habe wohl Sinn für die Herstellung allerlei Kampfwerkzeuge für den Kriegsbedarf gehabt, nicht aber für den Wohnungsbau. Nun sei eine Wohnungsnot entstanden, die fast über ganz Deutschland sichtbar mache. Es ist auch in unserem Orte eine Statistik darüber aufgenommen worden und das sich ergeben, dass bereits 38 Familien (einschl. Pauschalwohnungen) nach Wohnung suchen. Bedauerlich sei es, so führte der Redner aus, dass die Hausbesitzer nicht mehr die Verhältnisse zeigten und so wenig von ihnen erschienen seien. Eine Lösung dieser so überaus wichtigen Wohnungsfrage auf „friedlichen“ Wege sei doch besser, als wenn zu Zwangsmassnahmen gezwungen werden müsste. Es sind in der Haupstadt auch viele Kriegsteilnehmer, die einen eigenen Haushalt zu gründen suchen. Die Hausbesitzer müssten das kleine Opfer der vorübergehenden Einflöhnung bringen — es sei kein Verhältnis zu dem in Feindesland, wo die Bewohner von Haus und Hof verjagt worden sind. Er hoffe und wünsche, dass in Aussicht genommenen Notlandhäusern es sollen kleine, gesunde und geräumige Wohnungen geschaffen werden, schnellstens genehmigt finden und mit dem Bau begonnen werden kann. — Trotzdem sei mit dem Bejuge der Neuautoren vor dem 1. Oktober nicht zu rechnen. Damit die Wohnungsnot nicht noch höher steige, müsste der Zugang von außerhalb sofort unterbunden werden, sonst auch die Aufnahme von Sommerfrischern, da Sommerwohnungen und Fremdenzimmer in Gasthöfen für die Wohnungsnot mit Beslag belegt sind, soweit ein Bedürfnis sich vierfach zeigt. In Naunhof werden etwa 25 Wohnungen sofort benötigt.

Die Hausbesitzer sollten sich daher vor weiteren Wohnnahmen hüten und freiwillig ihre freistehenden Wohnungen den Wohnungsnöten zur Verfügung stellen, um die Not mit ihnen zu helfen und einen Ausweg zu finden. — In der Stadts. Körth ansprechenden freien Aussprache ergriff zunächst Herr Oberleiter Meusel das Wort und warf den erhobenen Vorwurf gegen die Hausbesitzer von der Hand, indem dieselben doch unmöglich davon Kenntnis von dem trüben Bilde der Wohnungsnot in unserem Stadts. haben könnten, da die leichte Stadtgemeinderatsbildung sich doch erst damit beschäftigt und noch nichts darüber an die Öffentlichkeit gedrungen sei. Der Stadts. ist das Recht gegeben, zwangsweise vorzugehen — in dieser ersten, halben Zeit werden oder auch die Hausbesitzer die nötige Einsicht haben. Der Eingriff in das Privatrecht sei aber nicht so leicht. Er empfahl, dass die Presse in dieser Sache sowiel als möglich aufklärend wirken möge und eine Bekanntmachung erlassen werden soll, dass dem Mietentnahmeverbot unverzüglich freie Räume angezeigt werden sollen. — Herr Bürgermeister Müller hörte sich die Ausführungen des Vorredners an und betonte, dass die Bedrohung gewöhnlich als Preißfuhrte. Niedrigliches Handeln der Mieter und mehrfache Hausverkäufe trugen an der Wohnungsnot bei. Er hofft der Mietentnahmekommission gute Erfolge und ein Hand-in-Hand-arbeiten zwischen Hausbesitzer und Mieter. — Herr Schimpf führte einige drastische Beispiele der Wohnungsnot an, die er am eigenen Leibe erfahren habe. Gegen die zu Vermietenden müsste streng vorgegangen werden, da nach seinen gemachten Erfahrungen den Wohnungsnöten nicht einmal gedient oder sie höchstens abgewiesen werden. Die Hausbesitzer seien sich des Ernstes der Lage nicht bewusst und blieben es hierin noch monate harth. Nas zu knicken geben. — Herr Dienstm. Lehmann weiß noch, dass hier viele Wohnungen frei seien — aber nur für Sommerfrischer. — Herr Schimpf wünscht sofortige öffentliche Bekanntgabe der Bestimmungen, damit keine Beunruhigung in der Einwohnerchaft sich erzeige. — Herr König konnte Vorherrschaft einer Hausbesitzer nicht zugetragen und gibt die Meinung Ausdruck, bei einigermaßen gutem Willen lasse sich diese Angelegenheit in Güte regeln. Die Kommission wird sofort eine Zusammenkunft mit den Hausbesitzern in die Wege leiten und weitere Erörterungen darüber anstreben. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erläuterte Herr König die kurzen Bericht über einige drückliche Angelegenheiten, u. a. über die neue Zusammenlegung des Schulvorstandes, in dem alle Kreise vertreten seien und erhofft ein fröhliches Zusammenarbeiten. In nächster Zeit soll ein öffentlicher Vortrag über die neuen Schulverhältnisse für die Einwohnerstadt beobachtet werden. Nachdem er auch das Volksschulwesen in kurzen Worten kreiste, dankte er am Schlusse der Versammlung für das Ertheilen, er habe allerdings mehr Aufklärung in dieser so wichtigen Wohnungsfrage erwartet und hoffte, dass sie nochein Hausbesitzer noch des Ernstes der Situation bewusst werde. — Herr Schimpf dankte Herrn König noch für seine wohlgemeinten Ausführungen und gab dem Wunsche Ausdruck auf ein sinneres friedliches Zusammenarbeiten zum Wohle unserer Stadt.

P. — A. Wir erhalten folgende Zuschrift: Vor kurzem erschien eine Notiz in den Leipziger Neusten Nachrichten und in den Grimmaischen Nachrichten, dass die Frage des Molkereizwanges gelöst sei. Das Wirtschaftsministerium wolle auf einen Zwang verzichten, solange die Kuhhalter ihren Lieferungspflichten nachkommen. Die Zellen bewecken nur die Verschärfung der öffentlichen Meinung und verdrängen die Tatsachen. Am 20. März sind der Allgemeinpächter Born aus Köthen und der Direktor der landwirtschaftlichen Kreisschule Rammelsberg aus Wurzen wegen des Molkereizwanges beim Wirtschaftsministerium vorstellig geworden. Sie wurden mit ihren Wünschen abgewiesen. Der Bezirksverband hat über die Aufhebung des Molkereizwanges in der genannten Weise nichts verfügt. Es muss auch serner auf seiner Forderung, die Milch an die Molkerei zu liefern, bestehen bleiben.

† Die Verteilung der Auslandslebensmittel. Besprünglich der aus dem Auslande herein kommenden Lebensmittel herrscht vielfach Unklarheit, die ebenso zu übertriebenen Hoffnungen auf eine Besserung der Endverhältnisse, wie zu Verstärkungen über die gerechte Verteilung der eingeschafften Mengen Unrat gibt. Demgegenüber wird von maßgebender Stelle darauf hingewiesen, dass die Auslandslebensmittel ausschließlich der Bewirtschaftung durch die Behörden zugestellt und innerhalb des bestehenden Verfassungsplanes an die zuständigen Bezirke geleitet werden. Sie werden in erster Linie zur Aufrechterhaltung der bisherigen Rationen benötigt. Ohne die Auslandslebensmittel hätten diese, wie vor dem Lebensmittelab-

kommen bestellt worden ist, nicht aufrecht erhalten werden können. Bei voller Lieferung der in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, dass allmählich auch eine Erleichterung der Endverhältnisse durch Aussage von Zulässungen erzielt werden kann. Zulassungen in dieser Hinsicht können so lange nicht gegeben werden, wie die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist. Selbstverständlich würden auch die Mengen, die sich nach Sicherstellung der gegenwärtigen Nationen jeweils als Überschuss ergeben, der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen und innerhalb des Rationierungssystems durch die Kommunalverbände verteilt werden.

† Die achtjährige Arbeitszeit. W. T. B. teilt mit: Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass durch Anordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 die regelmäßige tägliche Arbeitszeit von acht Stunden in allen gewerblichen Betrieben, also nicht nur in den Fabriken und größeren Anlagen, sondern auch in den Werkstätten des Handwerks, Konfektionswerkstätten, Puhaletters und sonstigen kleineren Betriebshäusern, vorläufig für die Dauer der Demobilisierung vorgeschrieben ist. Diese Bestimmung gilt auch für die gewerblichen Arbeiter im Handelsgewerbe z. B. Hauseigner, Packer, Verladearbeiter, Fahrstuhlführer, Aufsichts- u. nicht aber für die Handelsangestellten.

† Die Pensionen der entlassenen Staatsbeamten. Die Nachrichten, die in letzter Zeit vielfach verbreitet worden sind, dass den aus dem Amt geschiedenen höheren Staatsbeamten, vornehmlich den Unterstaatssekretären eine hohe Pension von jenen der Reichsregierung zugestanden werde, ist nicht richtig. Wenn es nicht Beamte sind, die auf die gesetzliche Pensionierung von zehn Jahren hinweisen können, so erhält niemand eine Pension.

† Die Feuerbestattung in Sachsen. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat Abg. Arzt (Soz.) einen Antrag eingereicht, die Regierung zu ersuchen, der Kammer einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die Feuerbestattung einschließlich Bestattungen der Gebeine über die Feuerbestattung vom 29. Mai 1906 aufgehoben werden und die Feuerbestattung der Erdbestattung gleichgestellt wird.

† Der Kinderschutzstand der Welt. Eine Abhandlung über den Viehbestand Brasiliens aus dem Dezember des vorigen Jahres find die folgenden Schätzungen über den Kinderbestand der wichtigsten Länder mit Viehproduktion zu entnehmen: Vereinigte Staaten 63 600 000 Stück, europäisches Rußland 34 500 000, Argentinien 29 000 000, Brasilien 28 900 000, Deutschland 20 300 000, Österreich 17 600 000, Frankreich 12 700 000.

— Leipzig. Der Aufsichtsrat der Großen Leipziger Straßenbahn ist dem Beschluss des Vorstandes der Gesellschaft beigegeben, mit dem Rat sofort in Verhandlungen über die Verstaatlichung des Straßenbahnbetriebs einzutreten und die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen.

— Werdau. Hier ist ein außergewöhnlicher Wohnungsmangel eingetreten. Die Stadtverwaltung hat deshalb die sofortige Herrichtung aller unbewohnten Fabrik-, Lager-, Geschäfts- und sonstigen Räume zu Wohnzwecken beschlossen. Weitere wurden 100,000 Mk. für Befüllungen zum Kleinwohnungsbau bewilligt.

— Glauchau. Die Gründung einer „Vereinigung Glauchauer Arbeitgeber“ e. V. hat am Freitag in einer Versammlung stattgefunden. Zweck dieser Vereinigung ist die Wahrung aller örtlichen Interessen der Arbeitgeber sämtlicher Berufszweige in Glauchau und Umgebung.

— In gemeindlicher Sitzung wählten Rot und Stadtverordnete Herrn Bürgermeister Dr. Gähler aus Taucha zum Bürgermeister von Pielen.

— Dresden. Schwer Unfall. In der Zigarettenfabrik Benitz starb am Mittwoch vorzeitig infolge Überlastung ein Fabrikarbeiter in einem Stockwerk in das Kellergerüst hinab. Aus den Trümmern wurden 7 weibliche Leichen und 29 teils schwer, teils leicht verletzte Männer und Frauen geborgen.

— Dresden. Günstige Steuerverhältnisse. In der Gesamtsteuerabrechnung wurde beschlossen, die Stadteinwohnersteuer von 110 auf 130 Prozent, die Grundsteuer von 0,8 auf 2 vom Tausend des gemeinen Wertes zu erhöhen und den weiteren Fehlbetrag (31/4 Millionen Mark) aus dem Betriebsüberschuss von 1917 zu decken. Bei der Schulgemeinde soll die Einkommensteuer auf 70 Prozent des Stadteinwohnersteuersatzes und die Grundsteuer auf 0,5 vom Tausend erhöht werden.

— Kamenz. Zur Steuerung der Wohnungsnot werden hässliche Massenquartiere eingerichtet. Vom Ministerium traf die Zulassung ein, dass ein Teil der Kasernen der Stadt mietweise als Wohnung zur Verfügung gestellt werden kann. In der „Königstreu“ sind 30 Wohnungen zum Preise von 140 bis 200 Mark vorhanden.

— Hermsdorf i. Erzg. Einbrecher stahlen in letzter Nacht beim Gutsbesitzer Tröger Wullen, Fett, Wurst, 4 Schinken, Bettwäsche und die ganze Wäscheausstattung der Tochter.

Spielplan der Leipziger Theater.

Neues Theater.

Sonntag 7 Uhr: „Tobak“. Montag 7 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen“. Dienstag 7 Uhr: „Räuber“.